

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erstausgabe: 1. März 1923. Nr. 1-7. 25 Bl. durch die Post 20 Bl. Nr. 8 ohne Abdruck. Preis und Verlag: Halle-Merseburg. 1. d. W. G. Halle-Merseburg. G.m.b.H. Halle, Vertriebsstelle: 14. Februar 1923. 1047, 2251. Schriftleitung: Postfach 12-1 und 5-1. W. G.

Der Einzelpreis beträgt 2.500.000 M. für den Abnehmer 5000 a. Halle: 10 Bl. Nr. 1. Postamt, anschließend an den dreizehnten Teilzeit. Ausgaben bis zum 10. 9. 1923. Vertriebsstelle: Halle. Postfach: Leipzig 1068 48, 49, 50, Halle

Einzelpreis 6 Mill. M.

Freitag abend, den 5. Oktober 1923

3. Jahrgang Nr. 234

Die Sozialdemokratie will in eine neue Große Koalition

Der gesetzliche Achtstundentag von der USPD verraten — Die Erwerbslosenfürsorge und alle Arbeiterrechte in Gefahr — Arbeiter, setzt die Arbeiter-Regierung der Regierung des Stinnesprogramms entgegen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. Oktober.

Die demokratische Reichsregierung hat sich erklärt, daß sie und ihre Partei dem geplanten Sechsmännerkabinet keine Unterstützung gewähren, und diesem Kabinet auch keinen ihrer Parteimitglieder zur Verfügung stellen könne.

Da durch den Sechsmännerkabinet die höchste Stelle, die es, entgegen der Absicht Stresemanns wieder unbestimmt und fast nun ein neues Kabinet der Großen Koalition zu bilden.

Die Sozialdemokratie hat sich daraufhin bereit erklärt, auf folgender Grundlage mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln:

1. Das Arbeitszeitgesetz wird aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen und auf verfassungsmäßigen Wege erlassen. Die Partei ist bereit, durch eine neue Formulierung, die sie dem Arbeitszeitgesetz gibt, den Wünschen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft besonders in der Frage der Überproduktion entgegenzukommen.
2. Die Frage der Sozialrenten wird aus dem sozialpolitischen Teil des Ermächtigungsgesetzes herausgenommen und im verfassungsmäßigen Wege erledigt.
3. Die Frage der Erwerbslosenfürsorge soll zwar im sozialpolitischen Teil des Ermächtigungsgesetzes verbleiben und in Verhandlungswege erledigt werden, aber unter Zusage des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages. Bei diesen Bedingungen ist kein Vorbehalt für das Betriebsratsgesetz und die übrigen sozialpolitischen Demobilisierungsbekanntmachungen gemacht worden, so daß sie nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit einem Federstrich befristet werden können. Die Deutsche Volkspartei stellt als Bedingung, daß an Stelle Hilferdings der Direktor der Darmstädter Bank, Schacht, Aufsichtsratsmitglied im Stinneskongress, trete. Die Verhandlungen scheitern nach.

Die kommunistische Fraktion hat den Antrag gestellt, den Reichstag aufzulösen. Sie stellt einen weiteren Antrag, den Beamten sofort ihre Gehälter auszusetzen und die wer amtierenden Beamten, die die Aussetzung verweigern, zur Verantwortung zu ziehen.

Die hallischen Metallarbeiter fordern den politischen Massenstreik

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes des Halle am 5. Oktober beschloß, folgendes Telegramm an den ADGB zu richten: Mitgliederversammlung Deutscher Metallarbeiter-Verband Halle fordert von den Spitzenorganisationen gemeinsame Weisung zur Beilegung der Metallarbeiter. Gemeinsame mit USPD, ADGB und SPD ist politischer Massenstreik anzusetzen, um Kampf aufzunehmen gegen jede Koalition. Für eine Regierung der werktätigen Bevölkerung.

Die Vollversammlung der Subler Betriebsräte stellt die einzige Abwehrfront her

Am 3. Oktober tagte in Subl, bei der „Bolschewille“ von 5. Oktober medelt, eine Vollversammlung der Betriebsräte, in der sowohl bei den Rednern der USPD, wie der SPD, volle Heberzeugung darüber herrschte, daß in einheitlicher proletarischer Kampffront die Weisse Diktatur abgewehrt werden müsse. Diesen Erklärungen schloß sich der sozialistische Delegierte, nicht aber der ADGB-Vertreter an. Die USPD will völlig nach eigenem Gutdünken handeln. Ihr Vertreter mußte darum auf Befehl des Lokalvereins.

Entschlossene Kampfmotivation herrschte in der Versammlung, die ein in im folgende Resolutionen annahm: Die gesamte deutsche Arbeiterklasse befindet sich heute in der schwersten wirtschaftlichen und politischen Gefahr. Wirtschaftlich verurteilt die Bourgeoisie die durch die endgültige Kapitalisation der Wirtschaft und durch den allgemeinen finanziellen Bankrott Deutschlands notwendigen Kosten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen (Stinnesprogramm, Abschaffung des Achtstundentages, der Sozialleistungen, Erwerbslosenfürsorge usw.). Somit durch Steuerlasten der Volk mit zu den Kosten betrogen werden, während er bewußt durch Erwerbslosigkeit und Produktionsabotage (Betriebsstilllegungen, Kurzarbeit).

Gleichzeitig sind die Preise für alle lebenswichtigen Gegenstände im Verhältnis zum Lohn fast laugen unermesslich geworden. Volk ist in Hunger, die Monarchie und im übrigen Reich eine reine bürgerliche (regierungslose) Regierung zu lösen. Die höchsten im Reich rufen Forderungen zur blutigen Überwindung der Arbeiterklasse. Durch den Belagerungszustand, der angeblich zum Schutz der Bevölkerung gegen den gefährlichen Umsturz notwendig wurde, wird ihnen praktischer Kontrakt geleistet, während gleichzeitig das Proletariat in seiner Abwehr durch Verhaftungen, Verbote von Versammlungen, Zeitungen usw. an Händen und Füßen gebunden werden soll.

Die Vollversammlung der Betriebsräte betrachtet in dieser Situation als ihre dringende Aufgabe die sofortige Herstellung der breiten proletarischen Einheitsfront zur Abwehr aller Verfalls, die Lage des Proletariats wirtschaftlich oder politisch noch weiter zu verschlechtern. Zu diesem Zweck wähle sie einen Aktionsausschuß.

1. Die Produktionsabotage des Unternehmens zu verhindern, wie überhaupt für Sicherstellung des proletarischen Existenzminimums zu kämpfen.
2. Die Zusammenfassung des gesamten Subler Proletariats und seine Organisierung zur Abwehr der wirtschaftlichen und politischen Diktatur durchzuführen.
3. Darüber hinaus für die Herstellung der einheitlichen proletarischen Kampffront in der Sublering und im Reich zu wirken.

Der Aktionsausschuß legt sich zwecks Durchführung dieser Aufgaben in Verbindung mit den in Frage kommenden Organisationen und Behörden. Die Vollversammlung erklärt ausdrücklich, daß für die Arbeit des Aktionsausschusses einzig und allein das Interesse der proletarischen Klasse maßgebend sein kann. An die Arbeiterklasse appelliert die Vollversammlung, daß sie gleichfalls unverzüglich ertritt und in den Reihen der Einheitsfront herstellt und sich bereit hält, die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der gefährlichen Diktatur, die der Aktionsausschuß beschließt, rasch und energig durchzuführen.

Der „Klassenkampf“ verboten!

Von morgen, 6. Oktober, bis 13. Oktober

In Ausführung eines Befehls des Generalleutnants Müller hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Ränge den „Klassenkampf“ für die Zeit von morgen, 6. Oktober, bis einschließlich 13. Oktober verboten.

Als Gründe wurde angegeben: Die Zeitung hätte in einem „An das gesamte arbeitende Volk“ gerichteten Aufruf nicht nur Mitglieder der Reichsregierung als Verleurer bezeichnet, sondern auch in schärfer Weise den Klassenkampf dadurch geführt, daß die Arbeiterklasse gegen die Arbeitgeber aufgehetzt wird. Der Ausnahmefall wird in ihr als eine allein gegen die Arbeiter gerichtete Maßregel bezeichnet. Es wird zur Bildung einer eigenen Front des Proletariats durch Einleitung von Abwehrmaßnahmen aufgerufen. Die Arbeiter bewaffnen und den Generalstreik vorbereiten sollen. Damit würde die öffentliche Ruhe und Ordnung schwer gefährdet. Es sei zu beklagen, daß die Zeitung ihr durch die Zentrale dieses Verbot entgegen entgegen.

Das Polizeipräsidium von Halle wird beauftragt, darüber Bericht zu erstatten und insbesondere darüber zu berichten, daß die Verleumdungen ungeschehen sind.

Wozu auch Arbeiter! Der „Klassenkampf“ wird verboten, weil er in einer Zeit, die die Arbeiter durch Überlegen, unter dem Vorwand der Abwehr der Arbeiter den Klassenkampf zu werden, die Ausbeutung und Unterdrückung aufs äußerste steigern und die Kosten des verlorenen Niedertruges einzig und allein auf die Arbeiter abwälzen wollen, wo die Feindschaft zum offenen Angriff auf die Arbeiter übergehen, die Interessen der Arbeiterklasse mit aller Energie verteidigen soll.

Die Arbeiterklasse wird dieses Verbot zu beantworten wissen. Sie wird jetzt selbständig die Maßnahmen treffen, die ein Müller mit Verboten glaubt verhindern zu können.

Wag auch ein Militärdiktator des Stinnes' Gnaden den „Klassenkampf“ zu verbieten, der Kampf der arbeitenden Klasse gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter wird weder unterbrochen noch vermindert werden können. Das Proletariat wird in diesem Kampf als Sieger hervorgehen und über jene hinwegsetzen, die heute noch glauben, das rollende Rad der Geschichte mit Verboten aufhalten zu können.

Arbeiter, verhindert den Verrat!

Die Sozialdemokratische Partei legt mit dieser Entscheidung ihrem Arbeitererrat die Krone auf. Sie ist bereit, selbst an der Durchführung des Stinnesprogramms mitzuwirken, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, den Reichstag in den lebenswichtigen Fragen des arbeitenden Volkes für ein halbes Jahr auszuschalten, womit er sich endgültig erledigt. Auf dem Verordnungswege, mit einem einfachen Federstrich sollen die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge, des Betriebsratsgesetzes, aller Demobilisierungsmaßnahmen aufgehoben oder geändert werden können. In finanziellen und wirtschaftlichen Fragen soll das Kabinet ebenfalls diktatorisch auf dem Verfügungswege zu entscheiden vermögen.

Der gesetzliche Achtstundentag soll vorher durch Annahme des Arbeitszeitgesetzes aufgehoben werden. Dieser Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes läßt so viele Ausnahmen von der achtstündigen Arbeitszeit zu, daß er in der Praxis als gesetzlicher Achtstundentag erledigt ist. Dazu gibt er dem Reichsarbeitsminister fast Vollmacht in die Hand, eigenmächtig Änderungen anzuordnen, daß es gerade so gut ist, als ob die Frage der Arbeitszeit ebenfalls unter das Ermächtigungsgesetz fiel. Bekannt ist, daß die letzten Beratungen des Entwurfs im sozialpolitischen Ausschuss mit einem scharfen Bruch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerbeisitzern führten. Der ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärten damals, daß sie niemals diesem Gesetz zustimmen und keine Annahme mit allen Mitteln verhindern werden. Der Entwurf wurde damals zurückgestellt, um die „Einigkeit der Nation“ während des Fuhrtruges nicht zu gefährden, jetzt soll er herorgeholt und in maßvoller Eile durch den Reichstag gepfeilt werden.

Das heißt ist noch, daß die sozialdemokratische Führerschaft diese Wendung als einen Erfolg für die Arbeiter auszuwählen will, obwohl der Achtstundentag tatsächlich völlig preisgegeben wird.

Was ist geschehen? Wie wir betonten, war der rechte Flügel der USPD-Fraktion stets bereit, in der Durchführung des Stinnesprogramms mitzuwirken. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Stresemann-Hilferding-Regierung hatten bereits der Formulierung des Reichsarbeitsministers Brauns zugestimmt, der lautete:

„Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Ringen um seine wirtschaftliche und politische Erlösung zwingt uns vorläufig, in der Durchführung der Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu verzichten, das gesundheitlich tragbar ist. Insbesondere ist der Bergbau unter Tag auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt festzusetzen. Sodann muß in den lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit zur Überwindung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben und für die öffentlichen Verwaltungen sollen diese Grundzüge fanggemäß angeordnet werden. Für gefährliche und gesundheitsschädliche Betriebe ist der Achtstundentag beizubehalten.“

Auf dieser Grundlage sollte die Regierung nach dem Ermächtigungsgesetz befugt werden, Verfügungen zu treffen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war am 4. Oktober nahe daran, alles zu schließen. Erst als, unter dem Druck der Massen der Gewerkschaftsmitglieder, Leipart vom ADGB, erließen, lehnte die Fraktion mit 61 gegen 54 Stimmen obigen Vorstoß ab und forderte eine verfeinerte Formel für ihre Preisgabe des Achtstundentages.

Unter dem Druck der Stinnesseite und der mobilisierten schwarzen Reichsmasse und folglich lehnten die bürgerlichen Parteien die Verfeinerungsformel ab. Es ging der Weissen Reaktion vor allem darum, die Kosten des Finanzministeriums mit einem Bürgerlichen zu belegen und einen verkappten Deutschnationalen in das Kabinet zu bekommen, darum mußte zunächst das Stresemann-Hilferding-Kabinet erledigt werden.

Der Plan des fünfköpfigen Stinnes-Direktoriums scheiterte am Interessentum der bürgerlichen Parteien selbst. Die bürgerlichen Kapitalisten, die andere Interessen hatten, als Herr Stinnes und sein famoser junger Mann Müller, leiteten der seinen der Verfeinerung des Stinnesplans Widerstand, die Demokraten vor Schläge eines Geßler, malten nicht zu kurz kommen, sie wollten sich nicht ganz auf die Baionette der Sozialdemokraten legen, zudem nicht ohne die gewohnte Mittel der Sozialdemokraten bei der Arbeiterausbeutung bleiben.

„Und die sozialdemokratischen rechten Führer lassen ihren „unerschlichen“ Hilferding fallen, und kriechen beim ersten Wind wieder in das Loch der Großen Koalition, wenden sich mit den Ausbeutern gegen die Arbeiterklasse. Die Aufhebung

